

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Müller (Düsseldorf), Jaunich, Frau Fuchs (Köln), Dr. Hauff, Duve, Dr. Holtz, Jansen, Dr. Kübler, Frau Dr. Martiny-Glotz, Meininghaus, Reimann, Schmitt (Wiesbaden), Urbaniak, Heistermann, Ibrügger, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Gefährlichkeit von Formaldehyd

In den letzten Monaten ist das Bewußtsein für die gesundheitlichen Gefahren durch Arbeitsstoffe, Werkstoffe und Umweltbelastungen erheblich gestiegen. Bislang ist aber die Erfassung und Umsetzung neuer Erkenntnisse in Ursache-Wirkungsforschung problematisch, wie das Beispiel Formaldehyd zeigt.

Dazu fragen wir die Bundesregierung:

1. Wann lagen der Bundesregierung erste Hinweise über die gesundheitlichen Auswirkungen von Formaldehyd vor?
2. Ist die Empfehlung der DFG-Kommission für gesundheitliche Arbeitsstoffe, die „Exposition am Arbeitsplatz so niedrig wie möglich zu halten bzw. nach Möglichkeit zu vermeiden“, aufgegriffen und umgesetzt worden?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß bereits seit 1982 in skandinavischen Ländern Desinfektionsmittel, die Formaldehyd enthalten, in Krankenhäusern nur noch bedingt und in Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen gar nicht mehr verwendet werden dürfen?
4. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der sehr gründlichen Untersuchung über die Auswirkungen formaldehydhaltiger Desinfektionsmittel in einem 1600-Betten-Krankenhaus (Quelle: Hygiene und Medizin 8/1983), wo „1980/81 vermehrt allergische und toxische Kontaktdermatiden“ auftraten, die von entsprechenden Desinfektionsmitteln verursacht waren (9,1 % aller Krankenhausmitarbeiter waren betroffen, 14,6 % des Reinigungsdienstes und 8,6 % des Pflegedienstes)?
5. Sind der Bundesregierung weitere allergische und toxische Reaktionen von aldehyd- und amphotensidhaltigen Flächeninfektionsmitteln beim Reinigungsdienst und von alkoholhaltigen Händedesinfektionsmitteln bekannt?

6. Gibt es eine genauere Übersicht über entsprechende gesundheitliche Schädigungen für Beschäftigte im Reinigungsdienst, und welche sozialen Auswirkungen hat das bei Beschäftigten, die keine Sozialabgaben leisten?
7. Welche Erkenntnisse liegen über die chemischen Reaktionen von Formaldehyd mit anderen Stoffen, z. B. Chlor, vor?
8. Gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen, das formaldehydhaltige „INCIDIN PERFEKT“ und „BURATON 25“ zu verbieten? Wie ist dies bei Formalintabletten und unverdünntem Formalin, auch im Laborbereich?
9. Ist die Bundesregierung für eine Angabepflicht über Toxizität und Allergisierung auf den Produkten?
10. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Meßergebnissen des Magistrats von Wiesbaden in den dortigen Kindergärten?
11. Wie will die Bundesregierung bei der Neufassung der Gefahrstoffverordnung Erkenntnisse und Gefährdungsvermutungen über Schadstoffe in einer vorbeugenden Gesundheitspolitik umsetzen?
12. Hält die Bundesregierung angesichts der in der Öffentlichkeit bekannten Verdachtsmomente über mögliche krebserzeugende Wirkungen von Formaldehyd Versuche an Menschen moralisch und wissenschaftlich für vertretbar?

Bonn, den 11. September 1984

Müller (Düsseldorf)

Jaunich

Frau Fuchs (Köln)

Dr. Hauff

Duve

Dr. Holtz

Jansen

Dr. Kübler

Frau Dr. Martiny-Glotz

Meininghaus

Reimann

Schmitt (Wiesbaden)

Urbaniak

Heistermann

Ibrügger

Dr. Vogel und Fraktion